

„Es genügt nicht, die Dinge zu beschreiben – es kommt darauf an, sie zu verändern!“



klare Sicht in der Politik



Blick hinter die Fabrikttore



Partei für Millionen gegen Millionäre



Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt



von Kommunisten gemacht

Bestellschein

Hiermit bestelle ich die UZ – Unsere Zeit – zum vierteljährlichen Bezugspreis von DM 6,50 für 6 Monate

Unterschrift

Name

Vorname

Wohnort

Straße/Nr.

absenden an Dr. Wenzel-Verlag GmbH, 41 Duisburg-Beeck, Pothmannstr. 12

REGISTER

BERUFLICHES

RICHARD BOLJAHN, 58, ehemaliger (von 1951 bis 1968) Chef der Bremer SPD-Bürgerschaftsfraktion, tritt endgültig von der politischen Bühne seiner Heimatstadt ab: Zum 1. Februar nächsten Jahres stellt er sein Amt als Kreisvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) – nach 18 Jahren – zur Verfügung. Damit räumt der einst mächtigste Mann der Hansestadt seine letzte politische Bastion. Die erste hatte Boljahn vor drei Jahren verloren, als er im Zuge innerparteilicher Positionskämpfe nach der Bürgerschaftswahl im Oktober 1967, die Bremens Sozialdemokraten die absolute Mehrheit gekostet hatte, bei SPD-Vorstandswahlen durchfiel und daraufhin den Fraktionsvorsitz niederlegte. Die Genossen nutzten die Bauland-Affäre (1969), in der Boljahn „betroffener Zeuge“ war, um sich „von diesem alten Freund“ (Bürgermeister Hans Koschnick) ein für allemal zu trennen. Ergebnis: Ex-„König Richard“ (Genossen-Jargon), der die Fraktion 17 Jahre lang nach der Devise „Die Kopfnicker müssen bewegt werden“ kommandiert hatte, wird mit Ablauf dieser Legislaturperiode (im Herbst nächsten Jahres) auch seine 25-jährige Tätigkeit als Bürgerschaftsabgeordneter beschließen. Was ihm bleibt, ist der Wohnungsbau, mit dem seine politische Karriere stets eng verknüpft war: Voraussichtlich im Frühjahr 1971 tritt Boljahn in die gewerkschaftseigene Hamburger „Neue Heimat“ ein, der er schon seit 1955 durch einen (zuletzt mit 4000 Mark dotierten) Beratervertrag verbunden ist. Seine alte Heimat Bremen will Boljahn gleichwohl nicht verlassen: „Ich bin in dieser Stadt geboren, und ich werde auch künftig hier leben.“



JAMES FARMER, 50, Gründer (1942) der US-Bürgerrechtsbewegung „Congress of Racial Equality“ (Kongress für Gleichheit der Rassen), trat am vergangenen Montag von seinem Posten als Unterstaatssekretär im amerikanischen Gesundheits- und Erziehungsministerium (Jahressalär: 36 000 Dollar) zurück. Der farbige Bürgerrechtler, erst im Februar vorigen Jahres – als erster Schwarzer in eine Schlüsselposition der Nixon-Regierung – berufen, sah keine Möglichkeit mehr, die Situation der rassischen Minderheiten zu verbessern, denn sein Rat wurde nur selten von der konservativen Nixon-Administration eingeholt. Farmer: Die wenigen Reformen „kamen nicht schnell genug voran, um meinen Appetit auf Fortschritt zu stillen“. Der Ex-Unterstaatssekretär will nach dem Rücktritt zunächst einmal seine Memoiren schreiben.

WILHELM HANKEL, 41, Leiter der Abteilung Geld und Kredit im Bundeswirtschaftsministerium, wurde zum Honorarprofessor der Frankfurter Universität ernannt und erhielt überdies von der Universität Mannheim den Ruf, einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre zu übernehmen. Letzten Donnerstag informierte er seinen Dienstherrn, Hankel: „Ob aus dem Bundesbeamten nun ein Landesbeamter wird, entscheidet der Bundeswirtschaftsminister.“

JULIAN RITTER, 61, Maler, änderte nach einer Irr-Fahrt auf dem Pazifik seinen künstlerischen Stil. Der Deutsch-Amerikaner, der im Juli mit seiner Jacht „Galilee“ in Seenot geraten war und – zusammen mit zwei Freunden – 48 Tage lang hilflos und hungrig im Meer getrieben hatte (l. Photo), präsentierte am vorletzten Dienstag auf einer Bilder-Ausstellung in Hollywood die



ersten Werke, die nach seiner Rettung entstanden sind. Ritter malt zwar immer noch Clowns und nackte Schöne, stellt die Figuren aber nicht mehr rein gegenständlich, sondern eher abstrakt dar (r. Photo). Begründung: „Ich habe seit dem Erlebnis auf See ein Gefühl, das vorher nicht da war.“

GESTORBEN

ERICH SCHNEIDER, 69. Der ehemalige Mathematiklehrer galt in den ersten Nachkriegsjahren als Papst unter den deutschen Nationalökonomern. In seinem vierbändigen Lehrbuch „Einführung in die Wirtschaftstheorie“, das seit 1947 in teilweise 14 Auflagen erschien und an fast allen westdeutschen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultäten zur Pflichtlektüre zählte, hatte der Kieler Ordinarius als erster nach Kriegsende die angelsächsischen Forschungen und Theorien dargestellt. Die gesellschaftspolitischen Aspekte seines Faches aber blieben dem Theoretiker, der die moderne mathematische Volkswirtschaftslehre in Westdeutschland einführte, verschlossen. Bei der jüngeren Studenten-Generation galt er zuletzt als „Modellplatoniker“ und – schlimmer noch – als Positivist. Er starb am vorletzten Wochenende in Kiel an einem Herzschlag.